Bezugsgebühr:
Vierteljährlich 3 Mk. 50 Pfg.; durch die Post 3 Mk.

Die „Dresdner Nachrichten“ erscheinen täglich Morgens; die Bezieher in Dresden und der nächsten Umgebung, wo die Austragung durch eigene Boten oder Kommissionäre erfolgt, erhalten das Blatt an Wochentagen, die nicht auf Sonn- oder Feiertage folgen, in zwei Theilausgaben Abends und Morgens zugestellt.

Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.

Fernsprechanschluß: Amt I Nr. 11 und Nr. 2096.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Haupt-Geschäftsstelle: Marienstr. 38.

Der Detail-Verkauf der Damenhut-Fabrik
Altmarkt 6 **J. M. Korschatz,** Hoflieferant
bietet in geschmackvoller Ausführung ungarnirte und garnirte Hüte nach eigenen, sowie Pariser, Londoner und Wiener Modellen.

Anzeigen-Tarif.

Die Annahme von Ankündigungen erfolgt in der Hauptgeschäftsstelle und den Nebenannahmestellen in Dresden bis Nachmittags 3 Uhr. Sonn- und Feiertags nur Marienstraße 38 von 11 bis ½1 Uhr. Die 1spaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 20 Pfg. Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 25 Pfg.; die 2spaltige Zeile als „Eingesandt“ oder auf Textseite 60 Pfg.

In Nummern nach Sonn- und Feiertagen 1- bez. 2spaltige Grundzeilen 30, 40 bez. 60 und 80 Pfg. nach besonderem Tarif.

Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung.

Belegblätter werden mit 10 Pfg. berechnet.

Meissner
Smyrna-Teppich-Fabrik
F. Louis Beilich, Meissen.
Nur Prima-Kammgarn-Fabrikate.
Handarbeit. Prämiirt mit goldenen Medaillen.

Vorzüglich sind Gummischläuche mit Hanfeinlage
E. Böhme's rötner Gartenschlauch.
Telephon I. 3899.
C. Böhme, 13 Ferdinandstr. Dresden-A.

Hüte eigner Fabrik
empfiehlt
Otto Buchholz
Hutfabrikant
28 Annenstrasse 28

Frühjahrs-Lodenjoppen, Havelocks, Radfahrer- und Touristen-Ausrüstungen
Während des **Laden-Umbaues** befindet sich mein Geschäft **Schlossstrasse No. 17,** I. Etage. **Jos. Fiechtl** aus **Tirol.**

Nr. 135. Spiegel: Ein sozialdemokratisches Experiment. Hofnachrichten, Schiffswiderstand, Landtagsverhandlungen, Bezirksausschuß, Gerichtsverhandlungen. „Jungbelgier“. Lotterieliste. | Muthmaßl. Witterung: **Veränderlich.** | **Sonnabend, 17. Mai 1902.**

Ein sozialdemokratisches Experiment in Schweden.

Das große Fiasko der belgischen Sozialdemokratie erfährt in **Schweden ein Nachspiel.** Dort hat man den kläglich mißlungenen **Versuch der „Genossen“** in Belgien, die Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts durch einen allgemeinen Ausstand zu erzwingen, aufgenommen, allerdings mit dem sehr erheblichen Unterschiede, daß man, vielleicht im Hinblick auf die wenig verlockenden Erfahrungen in Belgien, dem Generalstreike von vornherein programmgemäß eine beschränkte Dauer gegeben hat. Die Arbeit soll nur so lange ruhen, als sich der Reichstag in Stockholm mit der Vorlage über das politische Stimmrecht beschäftigt. Da hierfür nur drei Tage in Aussicht genommen sind, so ist der sozialdemokratische Einschüchterungs- und Drohungseffekt von Haus aus ein eng begrenzter. Eine Demonstration, deren Wirkung man mit Sicherheit im Voraus ermessen kann, wird schwerlich einen durchschlagenden Erfolg zu erzielen vermögen. Allem Anscheine nach kommt es der sozialdemokratischen Parteileitung in Schweden nicht sowohl darauf an, die gesetzgeberischen Faktoren, die Regierung und das Parlament, alsbald zur vollständigen Kapitulation zu zwingen, als vielmehr eine Art Kraftprobe zu inszeniren, ein Manöver zu veranstalten, das Aufschluß giebt, ob sich später im Ernstfalle, im entscheidenden Kampfgange, die politische Wahlrechtsforderung mit der Waffe des Ausstandes durchsetzen läßt.

Schon seit mehreren Jahren ist es vornehmlich die sozialdemokratische Agitation zur Erlangung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts, die in das sonst ziemlich abgeschlossene innerpolitische Stillleben Schwedens einige Abwechslung und Bewegung gebracht hat. Schweden besitzt zur Zeit noch den Vorzug eines beschränkten Wahlrechts. Man hat sich dort bisher noch nicht davon überzeugen lassen, daß die unbeschränkte Allgemeinheit und Gleichheit des Wahlrechts die unerläßliche Grundlagen der öffentlichen Wohlfahrt und der politischen Freiheit sind, sondern man hält daran fest, daß es ersprießlicher für das allgemeine Staatsinteresse sein muß, das Stimmrecht an Bedingungen zu knüpfen, die eine gewisse Bürgschaft für das Verständniß der politischen Angelegenheiten seitens des Wählers bieten. Die gegenwärtige schwedische Volksvertretung, der Reichstag, besteht aus zwei Kammern, die in ihrer Machtvollkommenheit vollständig gleichberechtigt sind. Sie stammt aus der Regierungszeit Karls XV. und trat an die Stelle des früheren Ständereichstages, der sich aus Vertretern der Ritterschaft und des Adels, der Priester, der Bürger und der Bauern zusammensetzte und alle fünf Jahre zusammentrat. Die 150 Mitglieder der Ersten Kammer werden von den Landsthingen, Kreistagen, und den Bevollmächtigten der größeren Städte (je ein Mitglied auf 30 000 Seelen) gewählt. Sie erhalten keine Diäten, im Gegensatz zu den Abgeordneten der Zweiten Kammer, und ihr Mandat erstreckt sich auf die Dauer von neun Jahren. In die Erste Kammer ist nur wählbar, wer 35 Jahre alt ist und seit mindestens drei Jahren Grundstücke besessen hat, deren Taxwerth nicht unter 80 000 Kronen beträgt, oder während dieser Zeit für ein jährliches Einkommen von wenigstens 4000 Kronen Staatssteuer bezahlt hat. Die Zweite Kammer besteht aus 230 Mitgliedern. Für jeden Gerichtssprengel wird ein Abgeordneter gewählt. Hat der Gerichtssprengel 40 000 Einwohner oder darüber, so wird er in zwei Wahlkreise getheilt, von denen jeder einen Abgeordneten wählt. Jede Stadt, die 10 000 Einwohner oder darüber hat, entsendet für jede Zehntausend einen Abgeordneten, während die kleineren Städte in besonderen Wahlkreisen von je 6000 bis 12 000 Einwohnern zusammengefaßt werden. Aktives Wahlrecht zur Zweiten Kammer kommt jedem in Gemeinde-Angelegenheiten stimmberechtigten Manne zu. Das kommunale Wahlrecht besitzt, wer entweder ein Grundstück zum Taxwerth von wenigstens 1000 Kronen besitzt oder mindestens auf drei Jahre ein Grundstück mit einem Taxwerth von nicht unter 6000 Kronen gepachtet hat, oder für ein jährliches Einkommen von wenigstens 800 Kronen Staatssteuern entrichtet. Die Wahlen, die alle drei Jahre stattfinden, erfolgen in den großen Städten direkt, auf dem Lande und in den kleineren Städten indirekt durch Wahlmänner; doch dürfen auch diejenigen Gemeinden, die einen oder mehrere Abgeordnete in die Zweite Kammer entsenden, die direkte Wahlart anwenden, wenn sie diese mit Stimmenmehrheit beschließen. Zur Wahlberechtigung sind blos 21 Jahre erforderlich, während das passive Wahlrecht nur Diejenigen besitzen, die 25 Jahre alt sind und ein Jahr in der Gemeinde Steuerrecht besessen haben und noch besitzen. Da von den 230 Mitgliedern der Zweiten Kammer nur 80 auf die Städte entfallen, so ergiebt sich, daß die konservativen Elemente im Reichstage die überwiegende Mehrheit haben.

Daß diese Mehrheit gesonnen sein sollte, sich durch das sozialdemokratische Experiment eines von vornherein kurz befristeten Generalausstandes aus seiner festen, verfassungsmäßigen Position verdrängen zu lassen, ist kaum zu erwarten. Wie die belgischen Machthaber, werden sich auch in Schweden die Regierung und die parlamentarische Majorität der Einsicht nicht verschließen, daß die Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts, das in seinen Konsequenzen zur rohen Uebermacht der Zahl führen muß, nicht einen Fortschritt, sondern vielmehr einen Rückschritt bedeuten würde. Auch wird man sich wohl in Stockholm bewußt sein, daß die sozialdemokratische Wahlrechtsforderung nicht um ihrer selbst willen erkämpft werden, sondern hauptsächlich das unentbehrliche Mittel sein soll, um das revolutionäre Endziel, die Diktatur des Proletariats, zu erreichen. Daß die Ausstandsdrohung thatsächlich im Reichstage keinen Eindruck hervorgerufen hat, läßt sich daraus erkennen, daß bisher von keiner Seite, weder von der Regierung noch von einer der maßgebenden Parteigruppen, die Gewährung der Gleichheit des Wahlrechts empfohlen wird, wenn man auch nicht abgeneigt ist, eine Wahlrechtsreform insofern eintreten zu lassen, als die Zahl der Wahlberechtigten, die zur Zeit nur etwa 25 Prozent der erwachsenen männlichen, 6,7 Prozent der gesammten Bevölkerung beträgt, vergrößert werden soll. Eine Concession an die sozialdemokratische Propaganda ist hierin sicherlich nicht zu erblicken und die „Genossen“ in Schweden werden die verschiedenen Vorschläge, die auf eine Erweiterung des Wahlrechts ausgehen, schwerlich als eine Abschlagszahlung auf ihre Wahlrechtsforderung bewerthen, bei der doch grundsätzlich die Gleichheit des Stimmrechts die Hauptrolle spielt.

In der Begründung der Regierungsvorlage über die Reform des Wahlrechts, die gestern den beiden Kammern des Reichstags zugegangen ist, sprach der Ministerpräsident in der Zweiten Kammer den Wunsch aus, der Reichstag möge einen Beschluß fassen, der bald eine thatsächliche Erweiterung des Wahlrechts herbeiführen könne. In der Ersten Kammer erklärte der Justizminister, das allgemeine Wahlrecht würde allzu große Umwälzungen verursachen. Die Regierung habe daher beschlossen, eine weniger weitgehende Reform vorzuschlagen. Er rathe, nicht in Erwartung einer ausgedehnteren Reform die Zeit verstreichen zu lassen, da die Aussichten für die Lösung der Wahlrechtsfrage in dieser oder der nächsten Reichstagssession nicht günstig seien. Aber die Frage müsse gelöst werden, wenn Jeder mit der patriotischen Gesinnung, die sich in den letzten Jahren deutlich gezeigt habe, dafür eintrete. Bischof Billing beantragte, die Regierung solle eine neue Vorlage ausarbeiten und dem Reichstage im Jahre 1904 vorlegen. Als allgemeine Gesichtspunkte dafür nannte er: das allgemeine Stimmrecht, Proportionalwahlen, Wahlberechtigung vom 25. Jahre ab und Gleichstellung von Stadt und Land.

Neueste Drahtmeldungen vom 16. Mai.

(Nachts eingehende Depeschen befinden sich Seite 4.)

Berlin. (Priv.-Tel.) In Sachen der Aufhebung des **Diktaturparagraphen** sind dem Kaiser aus den verschiedensten Städten der Reichslande **Danktelegramme** zugegangen. Auf alle diese Kundgebungen hat der Kaiser den betreffenden Städten telegraphisch seinen Dank ausdrücken lassen. — Die Meldung der Pariser „Aurore“, Präsident **Loubet** werde bei seiner Rückkehr aus Rußland den Kaiser Wilhelm-Kanal passiren, wird an hiesiger unterrichteter Stelle dementirt; desgleichen auch die weitere Meldung des Pariser Blattes von einer bevorstehenden Zusammenkunft zwischen Loubet und dem Kaiser Wilhelm. — Gelegentlich der Anwesenheit des Herzogs **Adolf Friedrich zu Mecklenburg** in Deutsch-Ostafrika hielt der Gouverneur Graf v. Goetzen auf einem Festmahl zu Dar-es-Salaam eine Rede, in der er dem Herzog in warmen Worten für die Annahme der Ehrenmitgliedschaft des Clubs dankte und seine große Freude über das Zustandekommen und Gedeihen des Clubs aussprach. Graf v. Goetzen fügte hinzu, während der Abschiedsaudienz beim Kaiser habe ihm dieser Folgendes befohlen: „Sorgen Sie mir dafür, daß in der Kolonie zwischen den verschiedenen Berufszweigen, Offizieren, Beamten, Kaufleuten und Privaten, eine enge Fühlung besteht!“ Deshalb werde er sich stets für das Bestehen eines Clubs, in dem die Vertreter der verschiedenen Berufszweige sich näher treten können, interessiren. — Zu der spanischen **Königskrönung** schreibt die „Nordd. Allgem. Ztg.“: König Alfons XIII. von Spanien leistet am 17. Mai den **Eid auf die Verfassung** und übernimmt von diesem Augenblick im eigenen Namen die Regierung seines Staates. Die Wirksamkeit der Königin-Regentin, die in schweren Zeiten für ihren Sohn das Banner des spanischen Königthums würdig und tapfer emporgehalten hat, ist nun abgeschlossen. Möge dem jungen, durch eine sorgsame Erziehung auf seinen hohen und schweren Beruf vorbereiteten König vergönnt sein, in einer langen, glücklichen Regierung seinem Volke das Beispiel einer über den Parteien stehenden königlichen Pflichttreue zu geben, und die Hoffnungen zu erfüllen, die mit seiner erlauchten Mutter das spanische Volk auf ihn setzt.

Weimar. (Priv.-Tel.) Die Weimarische Regierung stellte heute den Verlust bei dem Konkurse der **Leipziger Bank** fest; derselbe beträgt 254 813 Mark unter Zugrundelegung einer 60prozentigen Konkursdividende.

Detmold. (Priv.-Tel.) Heute morgen erfolgte eine **Gasexplosion** im „Hotel Kaiserhof“. Der Hotelbesitzer Maynberg fand dabei seinen Tod.

München. Der päpstliche Stuhl hat sich mit der Ernennung des **Domprobstes Dr. Lingg-Bamberg** zum Bischof von Augsburg einverstanden erklärt. Die Präconisation wird voraussichtlich im nächsten Konsistorium erfolgen.

Sehnde b. Lehrte. Der Oberpräsident von Hannover **Graf zu Stollberg** besuchte heute mit dem Regierungspräsidenten von Hildesheim das Kaliberqwerk Hohenfels bei Sehnde und besichtigte unter Führung des Vorstandes die Werksanlagen über und unter Tage.

Metz. Das hiesige Centrumsorgan „Lothringische Volksstimme“ erklärt sich gegen die Aufstellung einer Kandidatenliste zur demnächst stattfindenden **Gemeinderathswahl**, die vom Standpunkt der Eintheilung der Wähler in einheimische und eingewanderte ausgeht. Das Blatt sagt: Wir bedauern sehr, daß man diesen Gegensatz noch immer betont. Wir sind alle deutsche Reichsbürger und als Einwohner von Metz haben die Eingewanderten als solche keine von denen der Einheimischen verschiedene Interessen zu wahren.

Kattowitz. (Priv.-Tel.) In der Milowitz-Grube sind zwei Bergarbeiter durch Rauch, der in Folge von Dynamitsprengungen entstanden, **erstickt**. — Im Bahnschachte der Königsgrube wurde der Bergmann Slatkowski von herabstürzenden Kohlen **getödtet**.

Wien. (Priv.-Tel.) Mehr als 600 Hörer der **Lemberger Polytechnischen Hochschule** beschlossen gestern Abend in einer Versammlung mit allen gegen 9 Stimmen, sich von den Vorlesungen fern zu halten, bis die Verordnung des Unterrichtsministers über Beschränkung des Versammlungsrechts zurückgenommen werde. Der Streik begann heute morgen.

Wien. Im **Außenhandel** des österreichisch-ungarischen **Zollgebietes** betrug 1901 die Einfuhr, ausschließlich der Edelmetalle und Münzen, 1604,2 Millionen Kronen, die Ausfuhr 1981,1 Millionen Kronen. Das gesammte Aktivum der Handelsbilanz beläuft sich auf 286,9 Millionen gegen 312,7 Millionen Kronen im Vorjahre.

Paris. Der Minister der Kolonien macht bekannt, daß Maßregeln getroffen seien, um auf das Schnellste die Verproviantirung von **Martinique** sicher zu stellen. Bedeutende Sendungen seien von den Nachbarkolonien gemacht worden; ferner würden unverzüglich amerikanische Transportschiffe in Fort de France eintreffen, welche Lebensmittel brächten, die für die Verpflegung von 150 000 Personen während drei Wochen ausreichen. Endlich hat das Kolonialamt, abgesehen von dem von jenen Schiffen bereits dorthin gebrachten Lebensmitteln die Absendung von 15 000 Kilo Stockfischen aus St. Pierre de Miquelon, von 100 000 Kilo Mehl, und von 49 000 Kilo Konserven nach Martinique angeordnet.

Paris. (Priv.-Tel.) Heute Mittag eingetroffene offizielle Depeschen aus **Fort de France** besagen, daß die Eruption des Vulkans Mont Pelée fortdauert, doch in geringerer Heftigkeit. Für 20 Tage ist, dank der amerikanischen Zufuhr, die Insel verproviantirt.

London. Das **Unterhaus** vertagte sich bis zum 26. Mai, das **Oberhaus** bis zum 2. Juni.

Kopenhagen. Der **Folkething** nahm heute mit 98 gegen 2 Stimmen, bei 5 Stimmenthaltungen, den Gesetzentwurf betreffend die Abtretung der westindischen Inseln unter der Bedingung an, daß die Abstimmung unter den Bewohnern der Inseln eine Mehrheit dafür ergiebt.

Stockholm. Die **Erste Kammer** beendete Nachmittags die Berathung der Wahlrechtsvorlage. Sie nahm mit 83 gegen 59 Stimmen den vom Bischof Billing eingebrachten Antrag an, durch welchen die Regierung ersucht wird, bis 1904 dem Reichstag eine neue Vorlage auf folgender Grundlage zu unterbreiten: Allgemeines Stimmrecht, Proportionalwahlen, Wahlberechtigung nach vollendetem 25. Lebensjahr, Gleichstellung von Stadt und Land.

Stockholm. Die Zahl der **Ausständigen** übersteigt heute 75 000.

Frankfurt a. M. (Schluß.) Credit 213,50. Diskonto 183,70. Dresdner Bank —,—. Staatsbahn 145,40. Lombarden 15,40. Laurahütte —,—. Ungar. Gold —,—. Portugiesen —,—. Fest.

Paris. (3 Uhr Nachm.) Rente 101,12½. Italiener 102,10. Spanier 78,12½. Portugiesen 29,12½. Türken 26,—. Türkenloose 112,—. Ottomanbank 565,—. Staatsbahn 734,00. Lombarden 85,—. Träge.

Paris. Produktenmarkt. Weizen per Mai 12,05, per Sept.-Dezbr. 20,45, matt. Getreide per Mai 27,75, per September-Dezember 29,25, beh. Rüböl per Mai 63,—, per September-Dezember 61,25, ruhig.

Amsterdam. Produkten-Bericht. Weizen per Mai —,—, per Novbr. —,—, geschäftslos. Roggen per Mai —,—, per Oktober —,—.

London. Produktenmarkt. Getreidemarkt fest aber ruhig. — Wetter: Regnerisch.

Oertliches und Sächsisches.

— Se. Königl. Hoheit **Prinz Johann Georg** beging gestern die Feier seines Namenstages. Aus diesem Anlaß fand Nachmittags 2 Uhr Familientafel im Palais Parkstraße statt, an der Ihre Königl. Hoheiten Prinz Georg, Prinz und Prinzessin Friedrich August mit den beiden ältesten Söhnen, die Prinzessin Mathilde und die Erzherzogin Margarethe theilnahmen. Nachmittags 4 Uhr 55 Minuten begaben sich Prinz und Prinzessin Johann Georg zum Besuche Ihrer Majestäten des Königs und der Königin nach Sibyllenort, von wo sie am 21. d. M. hier wieder eintreffen.

— Entgegen der von anderer Seite verbreiteten Mittheilung, daß in geheimen Sitzungen beider Kammern angebliche Ergebnisse des **Vereinigungsverfahrens** in Sachen der **Steuerreform** besprochen worden seien, können wir auf das Bestimmteste versichern, daß solche Ergebnisse überhaupt noch nicht vorliegen. Es handelt sich um allgemeine Vorbesprechungen, um über gewisse prinzipielle Fragen sich zu einigen. Im Uebrigen ist alle Aussicht vorhanden, daß eine **Einigung** thatsächlich erzielt wird, und daß nach Wiederbeginn der Sitzungen nach der parlamentarischen Pfingstpause das Resultat des Vereinigungsverfahrens bald bekannt gegeben werden kann.

— Die **Gesetzgebungs-Deputation** und die **Finanz-Deputation A** der **Zweiten Kammer** haben bezüglich der wegen Errichtung von **Amtsgerichten** eingegangenen **Petitionen** folgende Beschlüsse gefaßt. Es wird beantragt, 1. die Petitionen wegen Errichtung von Amtsgerichten in Rötha und Wilkau der Königlichen Staatsregierung zur Erwägung zu überweisen; 2. die Petitionen aus Brandis, Gottleuba, Schöneck, Strehla, Weißenburg und Zwönitz zur Kenntnißnahme zu überweisen; 3. die Petitionen aus Dohna, Geringswalde, Geyer, Grünhain, Hartha, Lugau, Meinersdorf, Mügeln, Oelsnitz i. E., Thalheim, Thum auf sich beruhen zu lassen. Eine Petition des Stadtrathes zu Wurzen bezweckt, für den Fall der Errichtung eines Amtsgerichtes zu Brandis eine Verkleinerung des Amtsgerichtsbezirks Wurzen abzuwenden. Die Deputationen beantragen: die Petitionen des Stadtrathes zu Wurzen auf sich beruhen zu lassen. Dasselbe Votum trifft eine Petition von Bruno Zacharias, in der für Dresden die Errichtung noch zweier Amtsgerichte und Vormundschaftsgerichte verlangt wird.

Friedrich & Glöckner,
Detailverkauf Dresden-A., -Neust., -Friedrichst.
streichfertig. Oelfarben, Lacke, Pinsel, Schablonen, Farben, ges. gesch. Pinseln u. Lätten.

SLUB
Wir führen Wissen.